

# Arbeitsmarkt als Wachstumsquelle

In Europas Politik wird viel über Wirtschaftswachstum gesprochen, doch meist werden darunter bloss Konjunkturstimuli durch Staatsausgaben verstanden. Es muss auf der Angebotsseite angesetzt werden – **zielführend sind Reformen im Arbeitsmarkt.** **AYMO BRUNETTI**

Die meist deprimierenden Diskussionen über die Eurokrise haben zumindest auf den ersten Blick eine erfreuliche Facette: Es wird plötzlich viel und mit eindeutig positivem Unterton über Wirtschaftswachstum gesprochen. Auch aus Kreisen, die normalerweise für Wachstum nur wenig übrig haben, wird Austeritätspolitik mit dem Argument bekämpft, dass eine schrumpfende Wirtschaft das grösste aller Übel sei. Das erfreut Ökonomen, die seit langem auf die Bedeutung des Wirtschaftswachstums hinweisen und immer wieder insistieren, dass wirtschaftliche Prosperität durchaus nicht im Widerspruch zu anderen Dimensionen der Nachhaltigkeit stehen muss. Die Freude wird jedoch getrübt, wenn man genauer hinsieht: Unter Wachstumspolitik wird in den meisten politischen Debatten kurzfristige Konjunkturstimulierung über zusätzliche Staatsausgaben verstanden – das hat mit echtem Wirtschaftswachstum wenig zu tun.

Grundsätzlich ist es richtig, dass mit einer expansiven Fiskalpolitik die Wirtschaftsleistung kurzfristig erhöht werden kann. Aber dieser Effekt erzeugt kein nachhaltiges Wachstum. Mit diesen Instrumenten kann dafür gesorgt werden, dass die Wirtschaft nicht wegen einer zu geringen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage stark unterausgelastet ist. Sobald aber über die Nachfragesstimulierung die Unterauslastung beseitigt ist, endet der Wachstumseffekt. Droht eine tiefe Rezession, so ist solche Stärkung der Nachfrage durchaus sinnvoll, um einer lang anhaltenden Verschlechterung der Wirtschaftslage entgegenzuwirken.

Am besten geschieht dies aber über automatische Stabilisatoren und nicht über Stimulierungspakete. Entsprechend sinnvoll ist die geplante Einführung von nationalen Schuldenbremsen im geplanten Fiscal Compact der Euroländer. Sie lassen in schlechten Zeiten Staatsdefizite zu, sorgen aber gleichzeitig dafür, dass diese in guten Zeiten mit Überschüssen kompensiert werden. All das betrifft aber lediglich die Nachfragestabilisierung und eben nicht langfristiges Wirtschaftswachstum.

## Das Produktionspotenzial muss steigen

Zusätzliches Wachstum erfordert eine Erhöhung des Produktionspotenzials einer Volkswirtschaft, muss also bei der Angebotsseite ansetzen. Und hier gibt es nur zwei Ansatzpunkte: Entweder man erhöht die Anzahl Arbeitsstunden oder die Arbeitsproduktivität – die Produktion pro Arbeitsstunde. In beiden Fällen steigt die Menge an Gütern und Dienstleistungen, die in einer Volkswirtschaft bei Vollausslastung produziert werden können. In der Schweiz konzentriert sich die Wachstumspolitik der vergangenen Jahre sehr stark auf die zweite Quelle des Wachstums, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Das ist nur durch weitgehende Strukturreformen in verschiedensten Bereichen der Wirtschaftspolitik möglich; entsprechend breit war und ist die Palette an Massnahmen in den Wachstumspaketen des Bundes. Die Konzentration auf die Arbeitsproduktivität kommt daher, dass in der Schweiz der

Arbeitsmarkt schon so gut funktioniert, dass hier kaum noch zusätzliche Wachstumseffekte zu erzielen sind.

Die krisengeplagten Euroländer jedoch haben so problematisch funktionierende Arbeitsmärkte, dass bei der ersten Quelle des Wachstums – der Anzahl geleisteter Arbeitsstunden – noch gewaltiges Wachstumspotenzial schlummert. Das zeigt sich schon bei den Arbeitslosenquoten, die in Italien über 10% liegen, in Spanien und Griechenland gar über 20%. Noch aussagekräftiger ist die Erwerbsquote, also der Prozentsatz der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der einer bezahlten Beschäftigung



*Wie attraktiv ist es für ein Unternehmen, jemanden anzustellen?*

nachgeht. In der Schweiz beträgt diese Quote beinahe 80% und in Deutschland etwas über 70%. Der Vergleich mit den südeuropäischen Krisenländern ist hier geradezu erschreckend. Die Erwerbsquote im Jahresdurchschnitt 2011 betrug gemäss der OECD in Spanien 58,8%, in Italien 56,9% und in Griechenland trostlose 55,6%!

Man kann solche Zahlen nicht betrachten, ohne schockiert zu sein über die Kosten für die betroffenen Menschen und über das Ausmass an Verschwendung. Die Schweiz und Italien sind beide weit entwickelte europäische Länder mit ähnlichen Voraussetzungen in verschiedenster Hinsicht. Trotzdem sind vier von fünf Schweizern, doch nur etwas mehr als jeder zweite Italiener beschäftigt. Woher kommen diese gewaltigen Unterschiede? Nicht zuletzt dank langjährigen vergleichenden Forschungsarbeiten der OECD wissen wir, dass die Regulierung des Arbeitsmarktes entscheidend ist, wenn es darum geht, Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung zu erklären. Letztlich geht es dabei immer um die Frage, wie attraktiv es für ein Unternehmen ist, jemanden anzustellen.

Und hier sprechen Indikatoren eine überdeutliche Sprache. So zeigt etwa der neuste Global Competitiveness Report des Wef, wie aussergewöhnlich überreguliert die südeuropäischen Arbeitsmärkte sind. Von 142 untersuchten Ländern belegt beim Sammelindikator zur Effizienz des Arbeitsmarktes Spanien Rang 119, Italien Rang 123 und Griechenland Rang 126. Deutschland befindet sich auf Rang 64, die Schweiz auf Platz 1. Auch bei wichtigen Teilindikatoren (Freiheit der Lohnfindung, Flexibilität des Kündigungsschutzes) liegen die drei südeuropäischen Länder nahe am Schluss. Kein Wunder, dass Ökonomen hier schon lange dringenden Reformbedarf sehen.

Dass diese Reformpotenziale nicht graue Theorie sind, zeigt ein prominentes Beispiel. **Deutschland hat im ver-**

**gangenen Jahrzehnt mit Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nicht nur die Arbeitslosenraten nachhaltig reduziert, sondern auch respektable Wachstumseffekte ausgelöst. Die Arbeitsmarktreflexion der Regierung Schröder haben einen total verkrusteten Arbeitsmarkt leicht flexibilisiert; dies half entscheidend, die jahrzehntelang auf rund 65% verharrende Erwerbsquote innerhalb von nur sechs Jahren auf 72,6% (2011) zu erhöhen. Dies hat die Zahl geleisteter Arbeitsstunden rasch erhöht und damit einen positiven Wachstumsimpuls gegeben. Die Wirkung dieser strukturellen Reform war so stark, dass sogar der massive konjunkturelle Schock der Finanz- und Wirtschaftskrise überkompensiert wurde; die Arbeitslosenrate ist in Deutschland sogar im Krisenjahr 2009 nicht gestiegen.**

## Selbst moderate Flexibilisierung hilft

Dieses Beispiel sollte die krisengeschüttelten europäischen Länder zusätzlich motivieren, das Augenmerk noch viel stärker auf das in ihrem Fall entscheidende wachstumspolitische Gebiet, die Arbeitsmarktregulierung, zu lenken. Dass eine doch eher moderate Flexibilisierung – Deutschland ist weltweit in Bezug auf die Effizienz des Arbeitsmarktes heute lediglich im Mittelfeld – solche Vorteile schafft, verdient deutlich mehr Aufmerksamkeit als bisher. Und wie die Erfahrungen in Deutschland und auch in der Schweiz zeigen, muss ein gut funktionierender, flexibler Arbeitsmarkt keinesfalls durch soziale Kälte oder unzureichenden Schutz der Arbeitnehmer erkauft werden. Niemand käme auf die Idee, die Schweiz als Land mit unterentwickeltem sozialem Ausgleich zu bezeichnen, und gerade unser Land hat eines der beschäftigungsfreundlichsten Umfeldern weltweit.

Natürlich lassen sich einzelne Ländererfahrungen nicht eins zu eins in einen anderen institutionellen Kontext übertragen. **Doch dass Flexibilisierung des Kündigungsschutzes oder der Lohnbildung gerade in den krisengezeichneten Euroländern sehr grosses Wachstumspotenzial hätte, ist kaum zu bestreiten. Solche Reformen sind zwar politisch sehr schwer durchsetzbar, doch im Gegensatz zu vielen Alternativen versprechen sie in vernünftiger Zeit deutliche Verbesserungen.**

**Zum Schluss eine Bemerkung zur Schweiz. Die hohe Flexibilität des Arbeitsmarktes hat massgeblich zu den im internationalen Vergleich bemerkenswerten Beschäftigungsverhältnissen beigetragen. Diese Flexibilität ist aber nicht gottgegeben, sondern jederzeit potenziell gefährdet. Zur Wachstumspolitik gehört daher dringend auch die Verteidigung der Arbeitsmarktflexibilität gegen gut klingende, doch schädliche Ideen wie generelle hohe Mindestlöhne, undifferenzierte Arbeitszeitverkürzungen oder krude Lohneingriffe, wie sie etwa die 1:12-Initiative vorsieht.**

*Aymo Brunetti ist Professor am Departement Volkswirtschaftslehre und Direktor des Center for Regional Economic Development an der Universität Bern.*



**KONRAD KOCH**  
Stv. Chefredaktor  
zum Thema  
Banken und  
Immobilien

## Die Banken sind der wahre Hotspot

**Die Preise für Wohneigentum steigen in der Schweiz trotz Angebotsausdehnung weiter.** Die Genferseeregion, der Grossraum Zürich und Zug sowie Tourismuszentren in Engadin, Wallis und Tessin werden gar als Hotspots bezeichnet, in denen von einer Immobilienpreisblase gesprochen werden kann.

Nach der Schweizerischen Nationalbank und der Finma meldet sich nun auch die Ratingagentur Standard & Poor's als mahnende Stimme. Zu einem Risikogeschäft werde die Immobilienfinanzierung für Banken, die zur Hauptsache im Inlandgeschäft tätig seien. Ausdrücklich gemeint sind die Kantonalbanken, was zu einer negativen Einstufung geführt hat (vgl. Seite 5).

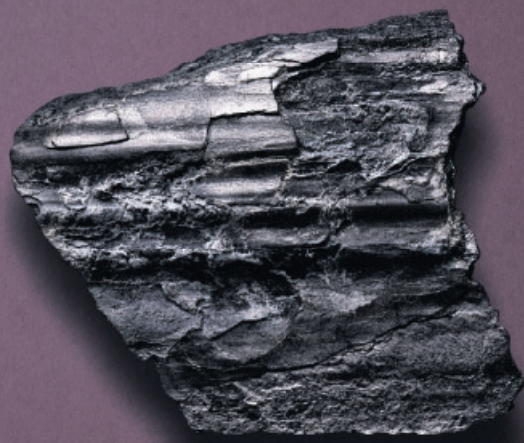
**Das geeignete Instrument, den Immobilienmarkt zu disziplinieren, sind Zinserhöhungen.** Allein, der SNB sind die Hände gebunden. Sie muss ihre Priorität in der Geldpolitik auf die Franken-Euro-Untergrenze setzen und sorgt damit weiterhin für expansive Bedingungen am Immobilienmarkt.

Gefordert ist die Finanzierungsseite. Disziplin auferlegen müssen sich die Banken in der Vergabe von Hypotheken. Eine Komponente neben der Verschärfung der Aufsicht, den Eigenmittelanforderungen und der Selbstregulierung ist der antizyklische Kapitalpuffer. Die Verordnung steht, dass die SNB ab August seine Aktivierung durch den Bundesrat beantragen kann. Jetzt müssen die Banken Fehlentwicklungen vorbeugen.

Gefahr droht ihnen weniger aus dem Hochpreissegment. Es ist vielmehr im riesigen Bestand an zwar zu normalen Preisen, aber bis ans Limit mit Hypotheken finanziertem Wohneigentum, wo dereinst der Flächenbrand ausbrechen wird. Das war schon Anfang der Neunzigerjahre so. S&P hat daher recht: Die Gefahr droht vor allem den Banken ausserhalb der Hotspots, wo das Hypothekengeschäft weiterhin als Courant normal angesehen wird.

Anzeige

Ideales Material für einfache Bleistifte.



Perfekt zur Herstellung funkelnder Diamanten.

**Entdecken Sie das Potenzial.** Es gibt viele Chancen, die man auf den ersten Blick nicht erkennt. Wie zum Beispiel jene von Strukturierten Produkten: Mit diesen können Sie mehr aus Ihrem Portfolio machen – bei seitwärts tendierenden Märkten genauso wie bei steigenden oder sinkenden. Strukturierte Produkte gibt es für jedes Risikoprofil, jede Anlageklasse und jede Marktmeinung. Ihr Bankberater hilft Ihnen, das Potenzial zu nutzen. Mehr Infos unter: [svsp-verband.ch](http://svsp-verband.ch)

**STRUKTURIERTE  
PRODUKTE**